



Jüdisches Forum für Demokratie
und gegen Antisemitismus e.V.

Geht es um Jerusalem?

Ein Essay aus gegebenem Anlass



Demonstration am 8. Dezember 2017 vor der US-Botschaft in Berlin

Jafet Michael Beisaß*

Berlin im Dezember 2017

Chanukka 5778

*Pseudonym, Name der Redaktion bekannt

„Der Ewige ist groß auf Zion und ist hoch über allen Völkern. ... Mose und Aaron unter seinen Priestern und Samuel unter denen, die Seinen Namen anrufen. Sie riefen an den Ewigen und Er gab Antwort. Aus der Wolkensäule sprach Er zu ihnen, die wahrten Seine Zeugnisse und Rechtsetzungen, die Er gab. ... Werft euch nieder an Seinem heiligen Berg! Denn der Ewige, unser G'tt, ist heilig.“

Diesen (99.) Psalm beten die Angehörigen des Bundesvolks der Torah seit etwa 2500 Jahren, mindestens seit der Zeit, da sie den Tempel Salomos auf dem Berg Zion nach dem Babylonischen Exil wiedererrichteten. Die Sehnsucht der nach Babylon deportierten israelitischen Judäer nach ihrer Heimat am Ort der Einwohnung des G'ttes ihrer Väter beschreibt der 137. Psalm:

„An den Strömen von Babel, dort saßen wir und weinten, da wir Zions gedachten ... Vergesse ich dein, Jerusalem, vergesse mich meine rechte Hand; meine Zunge hafte am Gaumen, wenn ich deiner nicht mehr gedenke, wenn ich Jerusalem nicht mehr erhebe übers Haupt meiner Freude.“

Diese Schriftdenkmäler der Sehnsucht der Israeliten nach der Stadt Davids und Zion, dem Berg, auf dem Salomo dem G'tt Abrahams, Isaaks und Jakobs ein Haus zur Einwohnung baute, gehören nicht nur zur Glaubensgrundlage der Kinder Jakob-Israels, also des jüdischen Volkes. Das Buch der Psalmen ist auch eine Glaubensgrundlage des Christentums. Für den jüdischen Menschensohn Jesus, der in Jerusalem als Spross vom Stamme Davids gewirkt, als *Iesus Nazarenus Rex Iudaeorum* bzw. *Jeschua HaNotzri WeMelech HaJehudim* am Römerkreuz gelitten und den Tod überwunden haben soll, muss der Psalter schon zum tradierten heiligen Schrifttum gezählt haben. Von Muslimen wird das im Koran dreimal erwähnte Buch *Zabur* als eine heilige Schrift, die den Propheten ab David offenbart wurde, mit dem Buch der Psalmen identifiziert. Im Islam gelten sowohl David als auch Salomo, Elija, Elischa, Jona, Johannes der Täufer und sein Vater Zacharias sowie Jesus als Propheten und Vorgänger Muhammads. Zu Lebzeiten des Propheten Muhammad im 7. Jahrhundert u.Z. war der Psalter bereits über acht Jahrhunderte als eine Glaubensgrundlage des Judentums bekannt – und damit Jerusalem als die heilige Stadt des heiligen Berges des Heiligtums der Juden. Zu Beginn des Islams gab Jerusalem als heilige Stadt der jüdischen Propheten David, Salomo, Johannes und Jesus, der jüdischen (sowie der urchristlichen) Tradition folgend, auch die Gebetsrichtung für die Muslime an. Erst im zweiten Jahr nach der *Hidschra* (der Auswanderung aus Mekka nach Medina) änderte Muhammad – wohl auch in Abkehr von den Juden und den Christen, die an ihrem angestammten Glauben festhielten – die Gebetsrichtung auf die Kaaba in Mekka.

Vor über 3000 Jahren wurde Jerusalem zur Hauptstadt des Königreichs Davids. Mit dem Bau des Salomonischen Tempels auf dem Zionsberg wurden Zion und ganz Jerusalem zum heiligen Ort der Einwohnung G'ttes unter Seinem Bundesvolk. Im Tempel Salomos wurde nach biblischer Überlieferung die Torah – die Mose zugeschriebenen fünf Bücher der Weisung – im 7. Jahrhundert v.u.Z. (wieder) gefunden. Der Tempel wurde 587 v.u.Z. von den Babyloniern zerstört. Bei der Wiedererrichtung des Tempels nach dem Babylonischen Exil (515 v.u.Z.), soll mit der Lesung der Torah durch Esra in Jerusalem der jüdische Wortgottesdienst vorgeprägt worden sein. Als Volk der Torah und als Bewahrer der ganzen hebräischen Bibel überdauerten die Nachfahren der judäischen Israeliten die Entweihung und die erneute Zerstörung ihres Heiligtums sowie die mehrfache Vertreibung aus der Stadt Davids. Das Licht der Torah und das

überlieferte Brauchtum der Bezeugung des einen G'ttes Israels, das auch die Hoffnung auf Heimkehr nach Zion nicht erlöschen ließ, bewahrten sie in der Verstreung unter die Völker als eigenes Volk. Dessen Angehörige wünschen sich seit mindestens tausend Jahren zum Ende des Pessach-Seder und zum Ende von Jom Kippur: „*Nächstes Jahr in Jerusalem!*“

Seit der Vertreibung aus Jerusalem nach dem Bar-Kochba-Aufstand (135 u.Z.) kam es immer wieder zur Rückwanderung von Juden in ihre heilige Stadt. Mit der Eroberung Jerusalems durch die Sassaniden 614-629 und acht Jahre später mit der Eroberung der Stadt durch muslimische Araber endete ihre Verbannung aus der Stadt Davids nach einem halben Jahrtausend. Auch das Massaker der katholisch-christlichen Kreuzfahrer an der muslimischen und jüdischen Bevölkerung Jerusalems 1099 führte zu keiner weiteren vollständigen Vertreibung der Jerusalemer Juden. Im 12. und 13. Jahrhundert zog die Sehnsucht nach *Eretz Israel* jüdische Rückwanderer aus Europa in die Levante. Die Vertreibung der Muslime und Juden aus Spanien und Portugal 1492 verstärkte die jüdische Rückwanderung ins Land der Väter noch im ausgehenden Mittelalter. Im 17. und 18. Jahrhundert versuchten immer wieder größere Gruppen europäischer Juden, sich im Land Zion anzusiedeln. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, noch vor den vom Antisemitismus in Europa forcierten und vom Zionismus geprägten Einwanderungswellen ab 1882, kamen immer mehr Juden nach Jerusalem, die auch Wohngebiete außerhalb der Stadtmauern gründeten. Zur Mitte des 19. Jahrhunderts waren die Juden in Jerusalem die größte Bevölkerungsgruppe; um 1880 war wieder etwa die Hälfte der Einwohner Jerusalems jüdisch. 1948 lag der jüdische Bevölkerungsanteil in Jerusalem dann bei knapp 60 Prozent.

Auch wenn „Jerusalem“ nicht immer die materielle Stadt, „Zion“ nicht immer den physischen Hügel bedeuten muss, ist jüdische Identität ohne einen Bezug zu Jerusalem nicht denkbar. Die Hoffnung auf Heimkehr ins Land Israel wurde unter dem Eindruck des europäischen Nationalismus und Antisemitismus zum politischen Ziel der modernen jüdischen Nationalbewegung. Dieses Ziel wurde nach der Schoah mit dem Teilungsplan der Vereinten Nationen für das britische Mandatsgebiet Palästina im November 1947 zur realen politischen Möglichkeit, die der jüdische Volksrat im Mai 1948 mit der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel ergriff. Sie beginnt mit den Worten: „*Im Land Israel entstand das jüdische Volk. Hier prägte sich sein geistiges, religiöses und politisches Wesen. Hier lebte es frei und unabhängig. Hier schuf es eine nationale und universelle Kultur und schenkte der Welt das Ewige Buch der Bücher. Durch Gewalt vertrieben, blieb das jüdische Volk auch in der Verbannung seiner Heimat in Treue verbunden. Nie wich seine Hoffnung.*“

Die uralte Hoffnung auf Rückkehr ins Land der Väter und in die Stadt Davids beschreibt Gedicht *Tikwatenu* (Unsere Hoffnung) von Naphtali Herz Imber (1856–1909), nämlich – in der Fassung der israelischen Nationalhymne *HaTikwa* (die Hoffnung) von 1948 – „*die Hoffnung, zweitausend Jahre alt, zu sein ein freies Volk, in unserem Land, im Lande Zion und in Jerusalem!*“

Die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel vom 14. Mai 1948 verkündet die Errichtung des jüdischen Staates im Lande Israel unter Berufung sowohl auf das natürliche Recht des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung und sein historisches Heimatrecht in *Eretz Israel* als auch auf die Anerkennung seiner staatlichen Existenzberechtigung durch die Vereinten Nationen. Die wiedererrichtete nationale Heimstätte des jüdischen Volkes im Lande Israel

werde der jüdischen Einwanderung offenstehen, das Land zum Wohle all seiner Bewohner entwickeln und – auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt – all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Abstammung, Herkunft und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Der Staat Israel werde Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten und die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen.

Daraufhin erklärten die arabischen Nachbarstaaten am 15. Mai 1948, die weder das Existenzrecht Israels noch den Teilungsplan für das britische Mandatsgebiet anerkannt hatten, dem neuen Staat Israel den Krieg. Der Israelische Unabhängigkeitskrieg dauerte bis Januar 1949 und brachte Israel gegenüber dem Teilungsplan erhebliche Gebietsgewinne. Allerdings verloren die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte das jüdische Viertel der Altstadt und den Osten Jerusalems, der von Jordanien annektiert wurde. Die jüdische Bevölkerung wurde aus dem Osten Jerusalems und der Altstadt vertrieben, das jüdische Viertel in der Altstadt zerstört, Synagogen geschändet und Juden der Zugang zur Kotel (Westmauer des Tempels/ »Klagemauer«) – dem heiligsten Ort des Judentums – verwehrt.

1950 erklärte der Staat Israel Jerusalem als untrennbaren Teil Israels zu seiner Hauptstadt – und seit 1952 akzeptiert die internationale Staatengemeinschaft die Anwendung israelischen Rechts in West-Jerusalem. Aber erst im Sechstagekrieg 1967 brachten die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte die Altstadt und den Osten Jerusalems unter israelische Kontrolle. Dabei verzichteten sie, um Moscheen und Kirchen zu schonen, auf den Einsatz schwerer Waffen und nahmen dafür erhebliche Verluste in Kauf. Die arabische Bevölkerung wurde nicht vertrieben, Christen und Muslime erhielten weiter Zugang zu ihren Heiligen Stätten. Tatsächlich nahm der Staat Israel die Heiligen Stätten – der Selbstverpflichtung in seiner Unabhängigkeitserklärung entsprechend – unter seinen Schutz und unterstellte die Administration des Tempelbergs der autonomen islamischen Waqf-Behörde. Diese Regelung blieb von der Ausdehnung der israelischen Verwaltung auf den Osten der Heiligen Stadt ab 1967 ebenso unberührt wie vom Jerusalemgesetz von 1980, durch das Israel das vereinte Jerusalem in seiner Gesamtheit zur Hauptstadt Israels erklärte.

De facto ist der Westen Jerusalems also im Jahr 2017 seit 67 Jahren die Hauptstadt des Staates Israel und seit 50 Jahren steht die ganze Stadt unter israelischer Verwaltung. Die überlässt allerdings die Verwaltung der Al-Aqsa-Moschee auf dem Tempelberg in der Jerusalemer Altstadt seit 50 Jahren einer autonomen muslimischen Administration und schützt die heiligen Stätten des Islams in Jerusalem mit israelischer Polizei vor der Entweihung durch Nichtmuslime (etwa durch jüdische Extremisten).

Nichtsdestoweniger betrachtet der Staat Israel Jerusalem als seine ewige und unteilbare Hauptstadt – die seit rund 3000 Jahren die Heilige Stadt des Volkes der Kinder Israels ist. Diese Sichtweise entspricht einer jüdischen Perspektive, die wohl im Wesentlichen von den meisten Jüdinnen und Juden geteilt wird. Man muss diese Perspektive nicht teilen – und die Nachfahren der Bewohner des alten Landes Kanaan, die in den letzten 3000 Jahren von Israeliten zu assyrischen und babylonischen Aramäern, Samaritanern, Griechen und Römern, zu aramäischen und byzantinischen Christen sowie zu christlichen und muslimischen Arabern wurden, können durchaus andere Perspektiven hinsichtlich des Landes Israel und der Stadt Jerusalem haben. Auch unter Jüdinnen und Juden in Israel und in der Diaspora gibt es hierzu

verschiedene Perspektiven und Standpunkte. Doch die israelische und jüdische Mehrheitsperspektive ist weder überraschend noch neu. Und es ist auch nicht wirklich neu, dass Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika die Realitäten in Israel als solche anerkennen:

Am 4. Juni 2008 bekannte sich der damalige US-Senator und Präsidentschaftskandidat Barack Obama in einer Rede vor dem American Israel Public Affairs Committee dazu, dass die Sicherheit des Staates Israel sakrosankt und nicht verhandelbar sei. Den Palästinensern sprach er in dieser Rede das Recht auf einen lebensfähigen eigenen Staat zu. Zugleich machte er aber deutlich, dass jedes Übereinkommen mit dem palästinensischen Volk die Identität Israels als jüdischer Staat wahren müsse – eines Staates mit sicheren und anerkannten Grenzen, die zu verteidigen sind. Und er fuhr wörtlich fort: *„Jerusalem wird die Hauptstadt Israels bleiben, und sie muss ungeteilt bleiben.“*

Obamas Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels war damals keine Sensation. Schon Bill Clinton hatte als Präsidentschaftskandidat 1992 Jerusalem als Hauptstadt Israels bezeichnet, die eine ungeteilte Stadt bleiben müsse. Und im Jahr 1995 beschloss der US-Kongress, die Botschaft der USA in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Diese Willenserklärung der gesetzgebenden Gewalt der USA wurde allerdings weder von Bill Clinton noch von einem anderen Nachfolger im Amt des US-Präsidenten einschließlich Barack Obama umgesetzt.

Am 6. Dezember 2017 kündigte US-Präsident Donald Trump nun an, dem Kongress-Beschluss von 1995 folgend die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, d.h.: in die Stadt, in deren Westen das Parlament, die Regierung und der Oberste Gerichtshof des Staates Israel ihren Sitz haben und die Trump jetzt offiziell als Hauptstadt Israels anerkannte. Mit diesem Schritt sei jedoch keine Festlegung hinsichtlich der Fragen zum dauerhaften Status und der Grenzen der israelischen Hoheit in Jerusalem erfolgt. Die Klärung der strittigen Fragen der Grenzziehungen sei Angelegenheit der beteiligten Parteien. Ebenso versicherte Trump (und wenig später Israels Premierminister Netanjahu), der Status der Heiligen Stätten von Christen und Muslimen in Jerusalem werde sich nicht ändern: Der Felsendom und die Al-Aqsa-Moschee bleiben den Muslimen, die Grabeskirche bleibt den Christen und den Juden bleibt die »Klagemauer« (Kotel). An den faktischen Realitäten in Israel und in den palästinensischen Gebieten hat die Erklärung von US-Präsident Donald Trump zur Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels und zur Verlegung der US-Botschaft in Israel (die wohl kaum im Osten Jerusalems etabliert werden soll) also an sich nicht viel geändert.

Natürlich sind die USA eine weltpolitisch größere Macht als die Tschechische Republik, deren Parlament im Mai 2017 Jerusalem als die Hauptstadt Israels anerkannt hat, ohne dass es danach zu größeren antitschechischen und israelfeindlichen Ausschreitungen kam. De facto hat US-Präsident Trump jedoch mit seiner Anerkennung Jerusalems als israelischer Hauptstadt – da er die Klärung der strittigen Fragen der Grenzen der israelischen Hoheit in der Heiligen Stadt den beteiligten Parteien überließ – auch nur die Realität anerkannt, die der russische Präsident Putin im April 2017 mit der Erklärung anerkannte, dass Russland West-Jerusalem als Israels Hauptstadt betrachte.

Nun aber brach ein gewalttätiger Aufschrei in der gesamten islamischen Welt und bis auf die Straßen Berlins aus: „Tod Israel!“ schallt es aus wütenden Demonstrationen, bei denen nicht nur das Sternenbanner der USA, sondern vor allem die Fahne Israels verbrannt werden. In Schweden wurde ein Brandanschlag auf eine Synagoge verübt. Und bei Demonstrationen und Kundgebungen in Berlin kam es zu massiven israelfeindlichen und antisemitischen Ausschreitungen. So wurden selbstgemalte israelische Fahnen verbrannt, aber auch weiße Tücher, auf die nur ein Davidstern gezeichnet war. Das Verbrennen eines Davidsterns – als Symbol nicht nur des Staates Israel, sondern vor allem des Judentums – erfüllte dabei den Tatbestand der Volksverhetzung, nämlich die Aufstachelung zum Hass und zu Gewalt gegen eine religiöse oder durch ihre Abstammung oder ethnische Herkunft bestimmte Gruppe, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören. Und der Slogan „Kindermörder Israel“ zitiert uralte jüdenfeindliche Erzählungen – und zwar bei Demonstrationen, zu denen auch etliche Kinder und sogar Kleinkinder mitgebracht wurden. So fand de facto auf den Straßen der Stadt, von der vor 76 Jahren die Schoah ausging, öffentlich eine Erziehung zum Hass gegen Juden statt. Dabei wurden Fahnen und Symbole extremistischer Vereinigungen gezeigt, die – wie die Hamas – vom EU-Ministerrat als terroristische Organisationen gelistet sind oder – wie die Hizbollah – als politischer Arm einer Terrororganisation agieren.

Die spontane Massenmobilisierung unter Muslimen, die anlässlich eines symbolischen Vorgangs, der an den politischen Realitäten im Nahen Osten praktisch kaum etwas verändert, diese Wut und Gewaltbereitschaft zum Ausdruck bringt, wirft Fragen auf. Nicht nur die Frage, wie man dem aggressiven Hass gegen Juden begegnen soll. Vielmehr stellt sich auch die Frage, was dieser kollektive Wutausbruch eigentlich bedeutet, der Menschen mit palästinensischem, libanesischem, syrischem, afghanischen, kurdischem und türkischem Hintergrund – die einander sonst oft mit Distanz und gegenseitigen Ressentiments begegnen – im Hass gegen Juden und der Negation des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung in einer nationalen Heimstätte im Lande Israel vereint. Was bedeutet Jerusalem – „die Heilige“ (*Al-Quds*) – als Auslöser für gewaltbereiten Antisemitismus, wenn kein dschihadistischer Anschlag auf eine Moschee, kein Massaker im syrischen, jemenitischen oder afghanischen Bürgerkrieg und keine Vernichtung islamischer Kulturschätze in Timbuktu durch islamistische Terroristen einen vergleichbaren Ausbruch kollektiver Wut auszulösen imstande war? Warum suchen sich die Frustration und Wut von Menschen, deren lebensweltliche Erfahrungen mit Diskriminierung, Ausbeutung, Korruption und Unterdrückung nichts mit Juden oder Israel zu tun haben, immer wieder so zielsicher die Feindschaft gegen Juden als Ventil?

Die Kernfrage bleibt: Geht es beim Aufschrei über das jüdische Jerusalem wirklich um Jerusalem?



**Jüdisches Forum für Demokratie
und gegen Antisemitismus e.V.**

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA)

Telefon: +49 (0) 30 914 811 69

Fax: +49 (0) 30 55 61 39 50

Email: info@jfda.de

Facebook: <https://fb.com/juedischesforum/>

Homepage: <https://jfda.de>

Twitter: https://twitter.com/JFDA_eV

Youtube: <https://www.youtube.com/JüdischesForum>

Instagram: https://www.instagram.com/jfda_ev/

Postanschrift:

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)

Postfach 73 00 98

13062 Berlin

Herausgeber und Redaktion: Lala Süsskind und Levi Salomon